

Haushaltsrede
Zur Einbringung des
Haushalts- und Investitionsplanes 2007 - 2010
am 12. Dezember 2006

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland befindet sich im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in einer inzwischen erfreulichen Aufwärtsentwicklung, die selbst von den Wirtschaftsexperten in der Vergangenheit so nicht erwartet wurde. Im November sank erstmals seit Oktober 2002 die Zahl der registrierten Arbeitslosen unter die Marke von 4 Mio. Weiter zugenommen hat die Beschäftigung, wobei besonders positiv die Zunahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse hervorzuheben ist. Auch hierin spiegelt sich das Wirtschaftswachstum, insbesondere die Investitionsdynamik wider. Seitdem die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit verstärkt haben, profitiert auch der Arbeitsmarkt vom Aufschwung. Positiv schlägt dabei zu Buche, dass die Unternehmen angesichts weiterhin guter Ertragsaussichten und der auf das höchste Niveau seit Anfang der neunziger Jahre gestiegenen Kapazitätsauslastung wieder bereit sind, in die Erweiterung ihrer Kapazitäten und damit auch in die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu investieren. Vor diesem Hintergrund hat sich der Konjunkturausblick für 2007 dahingehend geändert, dass die Prognosen nun davon ausgehen, dass Deutschland die bevorstehenden Belastungen aus der Mehrwertsteuererhöhung offensichtlich „verkräften“ kann. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen ständig nach oben angepasst; derzeit wird für 2007 ein Wachstum des BIP (Bruttoinlandsproduktes) von 1,5 % erwartet.

Das alles ist eine erfreuliche, aber ebenso dringend notwendige Entwicklung! Denn die Lage der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen ist nach wie vor besorgniserregend. Es gibt kaum noch Städte und Gemeinden in unserem Land, die ihre Haushalte strukturell ausgleichen können. Dies sowie die Ursachen dafür sind Ihnen hinlänglich bekannt und ich will diese nicht wiederholen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung spüren wir auch in unserer Region und in unserer Stadt. Die Arbeitsagentur Rheine verzeichnet mit 6,1 % landesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Bei den Steuern, insbesondere bei der Gewerbesteuer, gibt es Zuwächse; wir haben den Rat darüber laufend in Kenntnis gesetzt. Diese Entwicklung ist strukturpolitisch positiv und Ausdruck der guten Leistungen der Unternehmen hier in Rheine. Hierfür möchte ich mich im Namen des Rates, aber auch der gesamten Bürgerschaft, ganz herzlich bedanken. Wir werden uns weiterhin intensiv bemühen, die Unternehmen vor Ort und auch potentielle Investoren im Rahmen der gegebenen und vorhandenen Möglichkeiten zu fördern und zu unterstützen.

Ich möchte die diesbezüglich positive Grundstimmung, die spürbar ist, aufgreifen und Sie ermuntern, diese nach Kräften zu unterstützen. Auch wir in Rheine haben allen Grund, positiv und stolz auf die Leistungen der letzten Jahre zurückzuschauen und ebenso positiv in die Zukunft zu blicken.

Als erste Kommune im Kreis Steinfurt haben wir zum 1. Januar 2006 unsere Haushaltssystematik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellt – ein Kraftakt nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Ratsmitglieder, die nunmehr mit dem neuen System Verantwortung tragen und strategisch steuern. Durch die NKF-Umstellung ist deutlich geworden, dass wir langfristig und dauerhaft zu Einsparungen kommen müssen, denn wir dürfen im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht weiterhin im laufenden Geschäft mehr ausgeben als wir zur Verfügung haben. Deshalb haben wir mit einem Konsolidierungskonzept begonnen, und wir haben uns verpflichtet, 10 Mio. € in 5 Jahren dauerhaft einzusparen.

Wir werden in diesem Zusammenhang künftige Funktions- und Leistungsbeschränkungen und –verzichte deutlich machen müssen. Mit der Strategie- und Finanzkommission sind wir diesbezüglich auf dem richtigen Weg.

Und wir sind konzeptionell und planerisch gut aufgestellt. Auf den Prozess der Entwicklung des Leitbildes Rheine 2020 und die 27 Leitprojekte können wir stolz sein.

Aus unseren Fachbereichen möchte ich einige Punkte mit besonderem Blick auf den städtischen Haushalt aufzeigen:

Bildung war und ist auch künftig für die Stadt Rheine wesentlicher Aufgabenschwerpunkt. Um die dafür nötigen Rahmenbedingungen sicherzustellen, hat die Stadt Rheine schon in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in die Erweiterung der städtischen Schulen getätigt. 2006 wurden die Erweiterungsbauten für die Elsa-Brändström-Realschule, die Overberg-Hauptschule und die Ludgerus-Grundschule Schotthock in Betrieb genommen. Der allseits erkannten Notwendigkeit der Ganztagsbetreuung an Schulen hat sich die Stadt Rheine frühzeitig gestellt. Inzwischen konnten mehrere Grundschulen nach Durchführung entsprechender Bau- und Einrichtungsmaßnahmen ihren Betrieb als Ganztags-Grundschule aufnehmen. FB 1

Im Jahr 2007 soll die Elisabeth-Hauptschule zur Ganztags-Hauptschule umgewandelt werden. Sie erhält dazu eine Mensa mit Nebenräumen. Auch die Overbergschule und die Don-Bosco-Schule könnten zu Ganztags-Hauptschulen umgewandelt werden, wenn das Land dies genehmigt und die erforderlichen Fördermittel für die notwendigen Umbau- und Ergänzungsmaßnahmen bewilligt. Das gilt übrigens auch für die Grüterschule.

An der Franziskusschule Mesum wird eine Mehrzweckhalle gebaut, die neben der schulischen Nutzung Sporthallenkapazitäten für den TV Mesum sicherstellen kann. Im Rahmen der derzeit durchgeführten Schulentwicklungsplanung ist die Notwendigkeit einer neuen Sporthalle für die Euregio Gesamtschule bestätigt worden. Deshalb soll im kommenden Jahr die vorbereitende Planung durchgeführt werden.

Im Kulturbereich möchte ich zunächst zurückblicken auf die Stadthalle. Im November d. J. konnte der neue Pächter, Herr Feitkenhauer, den Betrieb der Stadthalle übernehmen und sein neues Betriebskonzept umsetzen. Er hat uns mit seinen Vorstellungen überzeugt. Wir dürfen und werden mit Interesse die weitere Entwicklung verfolgen. Ein gutes Stadthallen-Image ist ein wesentlicher Marketingbaustein für unsere Stadt.

Mit dem für den Herbst 2007 geplanten Umzug der Stadtbücherei in das Rathaus-Zentrum wird ein besonderes kulturpolitisches Anliegen verwirklicht. Bildung und Qualifizierung müssen sich wie ein roter Faden durch unser Leben ziehen, wobei Bibliotheken Orte des lebenslangen Lernens und der sozialen Integration sind. Durch den Einsatz neuester Technik, z. B. als Selbstverbuchungsbibliothek, muss es möglich sein, die Bibliotheks-erweiterung auch ohne ausufernde Personalkosten zu realisieren.

Auch die Volkshochschule soll im kommenden Jahr umziehen, und zwar in das Josef-Winckler-Zentrum. Damit sind auch die räumlichen Voraussetzungen erfüllt, damit Volkshochschule und Musikschule unter gemeinsamer Leitung zusammenarbeiten und ihre Produktivität mit dem Ziel erhöhen können, durch Attraktivität und Vernetzung bedarfsgerechte Angebote zu machen.

Für die zweite Etage des ehemaligen Volksbankgebäudes wurde zunächst ein Raumkonzept entwickelt, nach dem auch das Stadtarchiv in das Rathaus-Zentrum umziehen könnte. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die inzwischen in der Öffentlichkeit geführte Diskussion zu den Kosten eines solchen Vorhabens näher eingehen, sondern darauf verweisen, dass die Verwaltung hierzu in Abstimmung mit dem Haupt- und Finanzausschuss diesem in der nächsten Sitzung im Januar 2007 einen Sachstandsbericht geben und einen Vorschlag zum weiteren Verfahren unterbreiten wird.

Nun zu dem Bereich Jugend, Familie und Soziales: Seit Anfang Juli d. J. FB 2 haben sich die Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für die kommunalen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II zu beteiligen. Kommunale Leistungen in diesem Sinne sind die Unterkunfts- und Heizkosten sowie die einmaligen Beihilfen. Bislang wurden diese Leistungen in voller Höhe vom Kreis getragen und letztlich über die Kreisumlage refinanziert. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Beteiligung in Höhe von 50 % würde die Stadt Rheine mit jährlich zusätzlich 891.000 Euro belasten, da hier im Vergleich zum gesamten Kreis Steinfurt überdurchschnittlich viele Haushalte SGB II-Leistungen erhalten. Um diese Belastung abzumildern, hat der Kreis Steinfurt ein Modell der stufenweisen Anpassung der Kostenbeteiligung vorgeschlagen. Hierzu ist jedoch das Ein-

vernehmen aller Kommunen im Kreis Steinfurt notwendig; auch der Kommunen, die von der Neuregelung profitieren.

Der Rat der Stadt Rheine hat dem Modell des Kreises zugestimmt. Noch liegen nicht alle Zustimmungen der anderen Kommunen vor. Sollte dieses vom Kreis Steinfurt angestrebte Modell zustande kommen, würde sich die Mehrbelastung nach neuesten Berechnungen des Kreises in den ersten zwei Jahren auf 594.000 Euro reduzieren. Aber es ist eben eine deutliche Mehrbelastung!

Für den Bereich des Jugendamtes sind nach schwierigen Diskussionen im Rahmen der letztjährigen Haushaltsplanberatungen 2,5 zusätzliche Stellen eingerichtet worden. Diese zusätzlichen Stellen haben das Ziel, die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung nicht nur zu begrenzen, sondern bis zum Jahre 2009 um über 1 Mio. Euro zu reduzieren. Dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen bedarf ohne Zweifel starker Anstrengungen von allen Beteiligten sowohl des Jugendamtes aber auch der freien Träger.

Die öffentliche Diskussion um den kleinen Kevin in Bremen hat gezeigt, wie schmal der Grad zwischen Ausgabereduzierungen und verantwortlichem Handeln im Sinne des Wächteramtes ist. Ich bin mir jedoch sicher, dass der nun beschrittene Weg ohne echte Alternative ist. Der Einsatz zusätzlicher Mitarbeiter im Projekt „Reintegration/Vollzeitpflege“ wird auch zur merklichen Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Diensten führen. Diese Entlastung ist notwendig, weil im Jahre 2007 über die Installierung von Frühwarnsystemen der Kinder- und Jugendschutz in Rheine auf noch breitere Füße gestellt werden soll. Auch wenn es eine 100%ige Sicherheit nie geben kann, so wollen wir uns gemeinsam mit den vielen gesellschaftlichen Gruppen um das Wohl der Kinder kümmern!

Lassen Sie mich nun zu dem Bereich der Feuerwehr kommen. Sie wissen, FB 3 dass wir in diesem Bereich vor noch gar nicht so langer Zeit eine deutliche Aufstockung des hauptamtlichen Personals vornehmen mussten. Die Umsetzung dieser Vorgaben erreichen wir zu einem großen Teil durch die Einstellung von Auszubildenden im Feuerwehrdienst. Inzwischen haben die ersten Mitarbeiter ihre Ausbildung beendet. Die Übernahme dieser insgesamt 16 Mitarbeiter belastet nicht unwesentlich den Personalhaushalt der Stadt.

Außerdem muss im Feuerwehrbereich nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofes die wöchentliche Arbeitszeit von 54 auf 48 Wochenstunden reduziert werden. Durch Rechtsverordnung des Landes NRW ist jedoch für eine Übergangszeit ein so genanntes „Opting-Out“ erlaubt. Nach dem derzeitigen Stand kann für das kommende Jahr davon ausgegangen werden, dass mit den Bediensteten der Feuer- und Rettungswache und in Verhandlungen mit dem Kreis Steinfurt als Träger des Rettungsdienstes eine Regelung gefunden werden kann. Diese Vereinbarung wird zwar deutlich kostengünstiger sein, als eine sofortige Einstellung von weiteren 6 Mitarbeitern bei unmittelbarer Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung. Aber auch

durch diese Regelung wird es voraussichtlich zu Mehrkosten für die Stadt Rheine in Höhe von ca. 40 T€ kommen. Eine verbindliche Aussage zur Kostenbelastung der Stadt kann aber erst erfolgen, wenn das Land den in der vergangenen Woche angekündigten Gesetzentwurf über den finanziellen Ausgleich für die zu leistende Mehrarbeit vorgelegt und der Kreis Steinfurt seinen Erstattungsanteil für den Rettungsdienst mitgeteilt hat.

Die Ausstattung der Feuerwehr mit dem nötigen Gerät und den erforderlichen Fahrzeugen erfolgt auf der Basis einer strukturierten Beschaffungsplanung. Die für 2007 vorgesehenen Fahrzeuge und Geräte sind im Haushaltsplan vorgesehen.

Im Fachbereich Planen und Bauen steht im Hochbaubereich schwerpunktmäßig weiterhin die Durchführung einiger Großprojekte im Vordergrund. Auf sie bin ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen eingegangen; ich nenne sie daher hier nur noch einmal stichpunktartig: Umbau der 1. Etage der ehemaligen Volksbank zur Stadtbibliothek, Erstellung der Mehrzweckhalle an der Franziskussschule Mesum und der Umbau der Elisabethschule zur geschlossenen Ganztagschule. Daneben sind im Rahmen der Bauunterhaltung besonders die Sanierung der Bodelschwingschule und der Umbau der naturwissenschaftlichen Räume in der Fürstenbergschule zu erwähnen. FB 5

Bei den Tiefbaumaßnahmen geht es um den Umbau der Neuenkirchener Straße im Zuge der Erschließung des Möbelhauses Berning, den Ausbau der Hessenschanze, den Umbau der Kopernikusstraße sowie den Bau verschiedener neuer Straßen in den Siedlungsgebieten entsprechend der vom Bau- und Betriebsausschuss festgelegten Prioritätenliste. Das mit Abstand größte Straßenbauprojekt wird im nächsten Jahr der Umbau der Hemelter Straße vom Kardinal-Galen-Ring bis zur Surenburgstraße sein. Dieses Projekt wird jedoch weitgehend durch den Bund finanziert; die Stadt ist hier nur mit einem geringen Eigenanteil vertreten.

Bedeutende, weit in die Zukunft reichende Stadtentwicklungsprojekte sind die Konversion der Kaserne Gellendorf und die Entwicklung des ehemaligen Rangierbahnhofes Rheine R und des IV. Quadranten an der Lindenstraße. Wir haben diese Projekte in enger Abstimmung mit allen Ratsfraktionen bis zur jetzt anstehenden Entscheidungsreife gebracht. Wir werden in Zukunft unsere Kapazitäten schwerpunktmäßig auf diese Projekte konzentrieren müssen. Da zu diesen beiden Projekten bis heute aber noch keine endgültigen politischen Entscheidungen vorlagen, sind sie bisher auch noch nicht in die Investitionsplanung 2007 – 2010 einbezogen worden. Hier muss im weiteren Beratungsverfahren zum Haushalt entschieden werden, ob und wie die Projekte in die weitere Planung integriert werden können.

Vor kurzem sind frühere Überlegungen zur Neuorganisation der Technischen Betriebe wieder aufgegriffen worden. Sie werden nun zügig fortgesetzt. Die nötigen Überprüfungen und Untersuchungen, auch mit externer Unterstützung, haben wir mit Ihrer Zustimmung in Angriff genommen. Wir FB 6

gehen davon aus, dass wir Ihnen die Ergebnisse so rechtzeitig vorstellen können, dass über die Optimierung der Organisationsstruktur der Technischen Betriebe noch im ersten Halbjahr des nächsten Jahres eine Entscheidung getroffen werden kann. Organisatorisch geht es vorrangig um die Frage, ob die Bildung eines Eigenbetriebes oder die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts in Betracht kommt. Es geht aber auch darum, Synergiepotentiale aufzuspüren und im Rahmen der „richtigen“ Organisation umzusetzen. Bei allem müssen natürlich auch die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt im Fokus stehen. Dies geschieht selbstverständlich in enger Abstimmung mit dem Personalrat.

Angesichts der allgemeinen Kostensteigerungen, insbesondere bei den Energiekosten und durch die Mehrwertsteuererhöhung, waren moderate Erhöhungen der Gebühren für die Abwasserbeseitigung, für die Abfallbeseitigung und die Straßenreinigung nicht zu vermeiden. Die Gebühren für die Bauschuttdeponie konnten dagegen unverändert bleiben.

Die Investitionen in der Stadtentwässerung konzentrieren sich besonders auf die Erschließung des Baugebietes „Im Lied“ in Rodde, die Fertigstellung des Baugebietes Mesum-Nord sowie verschiedene Kanalsanierungsmaßnahmen.

Im Rahmen ihres Baulandkonzeptes gewährleistet die Stadt Rheine die Zurverfügungstellung ausreichenden Baulandes in fast allen Stadtteilen, durch private Anbieter aber auch durch die Stadt selbst. Der befürchtete dramatische Nachfragerückgang nach Streichung der Eigenheimzulage ist in diesem Jahr nicht eingetreten, so dass die kalkulierten Verkaufserlöse in Höhe von rd. 2 Mio. Euro erzielt werden konnten. Wir gehen davon aus, dass dieser Trend auch im kommenden Jahr weiter anhält. FB 8

Die Baugebiete „Klusenweg“ und „Wohnpark Mesum“ sind bis auf wenige Restgrundstücke komplett vermarktet. Auch die zügige Vermarktung des „Wohnparks Dutum“ trägt wesentlich zu dem eben genannten Ergebnis bei. Im kommenden Jahr werden insbesondere die Vermarktung der Baugebiete „Am Hilgenfeld“ und „Rodde“ neben dem „Wohnpark Dutum“ im Fokus stehen.

Ziel der Wohnungsbaupolitik der Stadt wird in den nächsten Jahren sein, auch künftig den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Rheine ausreichend und preiswertes Bauland zur Verfügung stellen zu können. Damit werden Investitionen in Rheine getätigt, die ein aktiver Beitrag zur Förderung der heimischen Bauwirtschaft sind. Dies wird im Übrigen auch daran deutlich, dass 2006 mit Fördermitteln des Landes insgesamt 81 Eigenheime und 111 Mietwohnungen gefördert werden konnten. Die bewilligten Fördermittel betragen insgesamt 11 Mio. Euro, die geschätzten Gesamtkosten aller Gebäude belaufen sich auf rd. 25 Mio. Euro.

Lassen Sie mich nun zu einem Thema kommen, das bereits jetzt, – noch Stabs-
mehr aber in der Zukunft – eine herausragende stelle Bedeutung für die Stadt

Rheine hat bzw. haben muss. Es geht um das Bürgerengagement in der Stadt Rheine. Dieses hat gerade in Rheine eine lange Tradition.

Ich habe festgestellt: Die gewachsenen familiären und nachbarschaftlichen Strukturen stellen in Rheine eine gute Basis für ehrenamtliches, freiwilliges Engagement dar.

Ehrenamtliches, freiwilliges Engagement erfordert aber auch eine Kultur des Ermöglichens und des Förderns. Ein gut funktionierendes System muss von der Basis her gepflegt werden. Auch Vereine müssen sich strukturellen Veränderungen stellen und sich veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Dies gilt es zu unterstützen.

Die Förderung und Unterstützung freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements sehe ich als bedeutenden Politik- und Verantwortungsbereich einer Kommune. Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt zu sein beinhaltet auch den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur zur Unterstützung des freiwilligen Engagements für alle Generationen, Lebens- und Themenbereiche.

Die Einrichtung der Stabstelle „Bürgerengagement“ nimmt innerhalb der Verwaltung eine Lotsenfunktion ein, um bestehendes Engagement zu festigen und zu würdigen, Dialog und Vernetzung der Engagierten untereinander anzuregen und neue Formen freiwilligen Engagements aufzuzeigen.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements kann es nicht zum Null-Tarif geben, sondern es bedarf einer sich ergänzenden gegenseitigen fördernden Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Stabstelle „Bürgerengagement“ im Jahre 2007 wird sein, die Förderung von Bürgerengagement als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu etablieren. Als Voraussetzung dafür wird die Verwaltung ein gemeinsames Grundverständnis zur Förderung des Bürgerengagements erarbeiten. Ebenso kündige ich an dieser Stelle die Erarbeitung unseres „Unternehmensleitbildes der Stadt Rheine“ für 2007 an.

Meine Damen und Herren,
bekanntlich hat die Stadt Rheine ihren Haushalt wie erwähnt mit Beginn des Jahres 2006 auf das neue Rechnungswesen, das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF), umgestellt. Wie bei jeder Systemumstellung sind auch hierbei Start- und Übergangsschwierigkeiten eingetreten. Ich möchte nur erinnern an die nicht einfachen Haushaltsberatungen 2006. Die Verwaltung hat Ihre Anregungen und Wünsche aufgenommen. So hat es im Hinblick auf die Zielentwicklung und darauf ausgerichteter Kennzahlen in den vergangenen Monaten auf der Basis von Vorschlägen der Verwaltung in den einzelnen Fachausschüssen, tlw. im Rahmen von Workshop-Veranstaltungen, eine umfassende Aufarbeitung dieser Thematik gegeben. Auch ist inzwischen auf der Basis der neuen Haushaltsstruktur eine finanzwirtschaftliche Berichterstattung in den jeweiligen Fachausschüssen angelaufen. Mit dem jetzt zweiten NKF-Haushalt stehen im Übrigen auch

Vergleichsdaten für das Vorjahr (zumindest auf der Basis der Planansätze) nach den neuen Strukturen zur Verfügung. Ich gehe davon aus, dass auf dieser Grundlage und der damit verfolgten Verbesserung der strategischen Steuerung eine intensivere und auch aus Sicht der Politik ausreichende Beratung des Haushaltes erfolgen kann.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Breite über alle Fachbereiche hinweg sich intensiv in die Umstellung des Rechnungswesens eingebracht haben, recht herzlich bedanken. Ich glaube, meine Damen und Herren des Rates, auch Sie haben in der Vergangenheit spüren können, wie tiefgreifend die Umstellung des neuen Rechnungswesens ist. Auch wir in der Verwaltung tun uns in mancher Hinsicht – auch im Rahmen von Entscheidungen – manchmal noch schwer, uns die Auswirkungen durch das neue Rechnungswesen zu vergegenwärtigen. Wir haben in diesem Sinne bislang Ihre Rücksichtnahme erfahren dürfen. Auch dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken.

Lassen Sie mich abschließend noch ein wenig konkreter auf den Haushalt 2007 eingehen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 24. Oktober 2006 die Eckdaten für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2007 bis 2010 festgelegt. Diese Vorgaben des Haupt- und Finanzausschusses waren die Basis für die Aufstellung des Haushalts- und Investitionsplanes 2007 - 2010. Im Ergebnis möchte ich festhalten, dass die festgelegten Eckwerte eingehalten wurden. Konkret bedeutet dies:

1. Die Hebesätze für die Realsteuern bleiben unverändert, und zwar für die Grundsteuer A bei 192 v. H., für die Grundsteuer B bei 401 v. H. und für die Gewerbesteuer bei 403 v. H..
2. Der Personalaufwand ist insgesamt mit 33,8 Mio. Euro angesetzt. Dies entspricht dem in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefassten Beschluss zum Personalkostenkonsolidierungskonzept.
3. Die Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission wurden auf der Basis des Eckdatenbeschlusses des HFA in den Entwurf des Haushalts- und Investitionsplanes eingearbeitet.
4. Die Vorgaben zur Netto-Neuverschuldung wurden berücksichtigt.

Der Ergebnisplan weist für 2007 ein negatives Jahresergebnis von 10,7 Mio. Euro aus. Das ist gegenüber der letztjährigen Planung allerdings eine Verbesserung von 3,0 Mio. Euro und gegenüber dem eben genannten Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses bereits eine Verbesserung von 0,9 Mio. Euro, gleichwohl ein negatives Jahresergebnis.

Dieses negative Ergebnis kann nur noch teilweise über die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden, und zwar in Höhe von 7,1 Mio. Euro. Der Haushaltsausgleich kann damit nicht mehr sichergestellt werden. Der verbleibende Fehlbetrag beträgt 3,6 Mio. Euro. In dieser Höhe ist eine Verringe-

zung der allgemeinen Rücklage vorgesehen. Die Verringerung der allgemeinen Rücklage bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Auch wenn ein Haushaltsausgleich in der mittelfristigen Ergebnisplanung nach wie vor nicht darstellbar ist, sind – ich wies bereits zu Anfang darauf hin - wesentliche Weichenstellungen zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung eingeleitet worden. Ich verweise auf die von den Fachbereichen erarbeitete umfassende Produkt- und Aufgabenkritik einschließlich der Darstellung der so genannten freiwilligen Leistungen, die die grundsätzlichen Konsolidierungspotentiale vorbehaltlos offen gelegt haben. Die Strategie- und Finanzkommission hat sich sozusagen in einer „ersten Lesung“ damit sehr ausführlich auseinandergesetzt und erste Ansatzpunkte für eine dauerhafte Konsolidierung empfohlen. Diese sind auf der Basis der im Oktober vorliegenden Erkenntnisse in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet worden. Die Fachausschüsse werden sich im Rahmen ihrer Etatberatungen mit diesen Empfehlungen auseinandersetzen. Bis dahin vorliegende weitergehende Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission sollen ebenfalls in das Beratungsverfahren der Fachausschüsse einfließen. Im Rahmen der „ersten Lesung“ ist an vielen Punkten deutlich geworden, dass die Umsetzung von Konsolidierungsvorschlägen vielfach nicht so ohne weiteres möglich ist und noch weitergehender, teils erheblicher Klärungs- und Abstimmungsbedarf besteht. Die Verwaltung hat die dazu notwendigen Arbeiten in Angriff genommen und wird die Ergebnisse zu gegebener Zeit sukzessive der Strategie- und Finanzkommission vorlegen.

Meine Damen und Herren,
einen wesentlichen Schritt in die Zukunft haben wir mit unserem gerade gefassten Beschluss zum Leitbild Rheine 2020 getan. Ich möchte in diesem Zusammenhang (nochmals) deutlich machen, dass wir uns frühzeitig und zielstrebig auf den Weg gemacht haben, die Folgen des Demographischen Wandels in Rheine aufzuzeigen, um daraus insbesondere auch unter Berücksichtigung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten Lösungswege für die Zukunft zu entwickeln. Dies war ein für viele Kommunen beispielhafter, breit angelegter partizipatorischer Prozess, an dem viele Personen und Gruppen aus der Bürgerschaft, aber auch aus der Verwaltung beteiligt waren. Bei ihnen allen möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken. Das Leitbild Rheine 2020 und die einzelnen Leitprojekte werden unsere Handlungsgrundlage für die Zukunft sein!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den bevorstehenden Etatberatungen – auch in Ihren Fraktionen – viel Erfolg!